

Landtag

14. Sitzung vom 28. Mai 1993

Sitzungsprotokoll

(Beginn um 16.27 Uhr.)

Vorsitzende: Erste Präsidentin Christine Schirmer und Zweiter Präsident Outolny.

Schriftführer: Die Abgen Elisabeth Fleischmann, Brunhilde Fuchs und Hufnagl, die Abgen Mag Heidemarie Unterreiner und Herzog sowie Abg Dr Marek.

Präsidentin Christine Schirmer eröffnet die Sitzung.

1. Entschuldigt sind Bürgermeister Dr Zilk sowie die Abgen Dr Madejski, Stark und Susanne Jerusalem.

2. In der Fragestunde werden von Präsidentin Christine Schirmer folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 0509/LM/93): Abg Dr Friedrun Huemer an den Landeshauptmann:

Welche Maßnahmen haben Sie seit unserer letzten Anfrage im Juni 1992 gesetzt, um die auch in diesem Sommer wieder drohende Gefährdung der Wiener Bevölkerung durch die zu erwartenden hohen Werte von bodennahem Ozon herabzusetzen?

2. Anfrage (PrZ 0514/LM/93): Abg Prochaska an den Landeshauptmann:

Welche Argumente waren ausschlaggebend für die Stellungnahme der Landesregierung vom 31. Juli 1992, daß der Rechnungshof nicht für die Prüfung der Gebarung der Bank Austria AG zuständig ist?

3. Anfrage (PrZ 0421/LM/93): Abg Dipl Ing Engl an den Landeshauptmann:

Welche Sicherheitsvorkehrungen gedenken Sie in Abstimmung mit dem Bundesamt für Zivilluftfahrt sowie der Flughafen Wien Betriebs-GesmbH zu ergreifen, um – bedingt durch den derzeitigen ruinösen Verdrängungswettbewerb der internationalen Fluggesellschaften – ein erhöhtes Risiko im Bereich der Flugsicherheit, vor allem aber beim Überfliegen dicht bebauten Stadtgebieten, möglichst hintanzuhalten?

4. Anfrage (PrZ 0497/LM/93): Abg Brunhilde Fuchs an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen:

Bei wie vielen Personen, die derzeit ein Pflegegeld nach den Bestimmungen des Wiener Behindertengesetzes beziehen, wurde von der Nachsichtsmöglichkeit des § 1 Abs 3 Wiener Behindertengesetz (Nachsicht von der Voraussetzung der österreichischen Staatsbürgerschaft) Gebrauch gemacht?

5. Anfrage (PrZ 0498/LM/93): Abg Erika Stubenvoll an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen:

Welche Maßnahmen treffen Sie im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Bundespflegegeldgesetzes mit 1. Juli 1993?

6. Anfrage (PrZ 0419/LM/93): Abg Kenesei an den Landeshauptmann:

Wann wird die seit 1989 im Entwurf vorliegende Vereinbarung der Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland über Einkaufszentren zum Beschluß erhoben?

7. Anfrage (PrZ 0515/LM/93): Abg Dr Hawlik an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport:

Wann ist mit der Vorlage eines Wiener Landesgesetzes, betreffend Nationalpark Donauauen, zu rechnen?

3. Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß von Abgeordneten der Grünen Alternative Wien zwei, von Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei neun und von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs eine schriftliche Anfrage eingebracht wurden:

(PrZ 1363/LF.) Anfrage der Abg Susanne Jerusalem an den Landeshauptmann, betreffend Aufenthaltsbewilligungen für 1994.

(PrZ 1364/LF.) Anfrage der Abg Susanne Jerusalem an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen, betreffend LehrerInnenwechsel in Integrationsklassen.

(PrZ 1368/LF.) Anfrage der Abgen Mag Karl und Dr Tschirf an den Landeshauptmann, betreffend Wiederverlautbarung von Gesetzen.

(PrZ 1369/LF.) Anfrage der Abgen Mag Karl und Dr Tschirf an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal, betreffend Stand und Fortgang der Rechtsbereinigung und Deregulierung.

(PrZ 1370/LF.) Anfrage der Abgen Mag Karl und Dr Tschirf an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke, betreffend Stand und Fortgang der Rechtsbereinigung und Deregulierung.

(PrZ 1371/LF.) Anfrage der Abgen Mag Karl und Dr Tschirf an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen, betreffend Stand und Fortgang der Rechtsbereinigung und Deregulierung.

(PrZ 1372/LF.) Anfrage der Abgen Mag Karl und Dr Tschirf an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Kultur, betreffend Stand und Fortgang der Rechtsbereinigung und Deregulierung.

(PrZ 1373/LF.) Anfrage der Abgen Mag Karl und Dr Tschirf an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen, betreffend Stand und Fortgang der Rechtsbereinigung und Deregulierung.

(PrZ 1374/LF.) Anfrage der Abgen Mag Karl und Dr Tschirf an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr, betreffend Stand und Fortgang der Rechtsbereinigung und Deregulierung.

(PrZ 1375/LF.) Anfrage der Abgen Mag Karl und Dr Tschirf an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnbau und Stadterneuerung, betreffend Stand und Fortgang der Rechtsbereinigung und Deregulierung.

(PrZ 1376/LF.) Anfrage der Abgen Mag Karl und Dr Tschirf an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport, betreffend Stand und Fortgang der Rechtsbereinigung und Deregulierung.

(PrZ 1358/LF.) Anfrage der Abgen Ilse Arié, Ing Westenthaler und Brigitte Schwarz-Klement an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen, betreffend die Entlassung schulpflichtiger Kinder in den häuslichen Unterricht.

(PrZ 1355/LA.) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß Abg Susanne Jerusalem gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend die Einführung einer weisungsfreien Kinder- und Jugendanwaltschaft, eingebracht hat, und weist diesen Antrag dem Ausschuß für Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen zu.

(PrZ 1356/LA.) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß die Abgen Brix, Ing Svoboda und Ing Riedler gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend ein Gesetz, mit dem das Wiener Baumschutzgesetz geändert wird, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Ausschuß für Umwelt und Sport zu.

(PrZ 1357/LA.) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß die Abgen Dkfm Dr Aigner, Strangl und Vettermann gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend die Regelung der Beförderung von Personen mit Fahrzeugen, die durch die Kraft von Tieren bewegt werden, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Ausschuß für Bürgerdienst, Inneres, Personal zu.

Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß von Abgeordneten der Grünen Alternative Wien zwei, von Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei zwei und von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei Österreichs vier Anträge sowie von Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Österreichs ein Antrag eingebracht wurde:

(PrZ 1365/LA.) Der Antrag der Abg Susanne Jerusalem, betreffend Drogenberatungsstellen, wird der Amtsführenden Stadträtin

der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen zugewiesen.

(PrZ 1366/LAt.) Der Antrag der Abgen Hannelore Weber und Kenesei, betreffend Asbestkataster – Ausdehnung der Untersuchung auch auf Privatgrundstücke, wird dem Landeshauptmann zugewiesen.

(PrZ 1377/LAt.) Der Antrag der Abgen Prochaska, Mag Karl und Dr Tschirf, betreffend Novellierung der Wiener Stadtverfassung, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal zugewiesen.

(PrZ 1378/LAt.) Der Antrag der Abgen Dr Hawlik und Dkfm Hotter, betreffend Landwirtschaftsförderungsgesetz, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport zugewiesen.

(PrZ 1359/LAt.) Der Antrag des Abg Dr Madejski, betreffend Maßnahmen zur Entlastung der Bezirksbudgets, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke zugewiesen.

(PrZ 1360/LAt.) Der Antrag der Abgen Römer, Dr Günther und Herzog, betreffend die Änderung des Gesetzes über die Personalvertretung bei der Gemeinde Wien (Wiener Personalvertretungsgesetz – W-PVG), wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal zugewiesen.

(PrZ 1361/LAt.) Der Antrag der Abgen Zeihsel und Stark, betreffend die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in der VOR-Kernzone, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke zugewiesen.

(PrZ 1362/LAt.) Der Antrag der Abgen Ilse Arié, Brigitte Schwarz-Klement und Ing Westenthaler, betreffend Änderung des Gesetzes zum Schutz der Jugend (Wiener Jugendschutzgesetz 1985), wird der Amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen zugewiesen.

(PrZ 1367/LAt.) Der Antrag der Abgen Ing Svoboda, Faymann und Margarete Dumser, betreffend Einführung eines Pflichtgegenstands Politische Bildung, wird dem Landeshauptmann zugewiesen.

Präsidentin Christine Schirmer macht folgende Mitteilung:
„Von Bezirksvertretungen wurden gemäß § 104 der Wiener Stadtverfassung folgende Anträge an den Landtag gerichtet:

Von der Bezirksvertretung Innere Stadt wurde ein Antrag, betreffend legisische Maßnahmen gegen unbefugte Bauführung, eingebracht.

Diesen Antrag weise ich dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr zu.

Von der Bezirksvertretung Josefstadt wurde ein Antrag, betreffend Änderung der Wiener Stadtverfassung hinsichtlich Dezentralisierung des Kulturbudgets, eingebracht.

Diesen Antrag weise ich den Amtsführenden Stadträten der Geschäftsgruppen Bürgerdienst, Inneres, Personal sowie Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke zu.“

4. (PrZ 1590, P 1.) Der 11., 12. und 13. Bericht der Volksanwaltschaft an den Wiener Landtag wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Berichterstatter: LhptmSt Ingrid *Smejkal*

5. (PrZ 1727, P 2.) Die in der Beilage Nr 6 enthaltene Vorlage, betreffend den Abschluß der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen gemäß § 139 Abs 2 der Wiener Stadtverfassung, wird genehmigt.

(PrZ 1369, P 3.) Der in der Beilage Nr 7 enthaltene Entwurf des Gesetzes, mit dem in Wien ein einheitliches Pflegegeld eingeführt wird (Wiener Pflegegeldgesetz – WPGG) und das Behindertengesetz 1986, das Wiener Blindenbeihilfegesetz 1969, die Pensionsordnung 1966 (13. Novelle zur Pensionsordnung 1966), das Unfallfürsorgegesetz 1967 (7. Novelle zum Unfallfürsorgegesetz 1967) und das Wiener Bezügegesetz geändert werden, wird mit nachstehender Änderung in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben:

§ 32 Abs 5 soll lauten:

„(5) Soweit in den Abs 3 und 4 nicht anders bestimmt ist, sind auf Ausgleiche die für das Pflegegeld geltenden Regelungen sinngemäß anzuwenden.“

(Die Postnummern 2 und 3 werden unter einem verhandelt. Über Punkt 13 Art 1 im II. Hauptstück der Postnummer 3 wird getrennt abgestimmt.)

(Redner: Abg Jutta Aouas-Sander, StRin Maria Hampel-Fuchs sowie die Abgen Ilse Arié, König, Mag Karl, Brigitte Schwarz-Klement und Dr Elisabeth Neck-Schaukowitzsch.)

(PrZ 1379/LAt.) Folgender Abänderungsantrag der Abgen Jutta Aouas-Sander und Susanne Jerusalem wird abgelehnt:
„1. § 1 lautet:

§ 1. Das Pflegegeld hat den Zweck, alle pflegebedingten Mehraufwendungen in der Höhe des tatsächlichen Bedarfs abzugelten, um pflegebedürftigen Personen die notwendige persönliche Unterstützung und Hilfe zu sichern. Damit soll eine selbstbestimmte und bedürfnisorientierte Lebensführung dieser Person erreicht werden.

2. Wo im vorliegenden Gesetzesentwurf personenbezogene Bezeichnungen in männlicher Form verwendet werden, sind diese in die weibliche Form umzuwandeln (zum Beispiel ‚Anspruchswerber‘ in ‚Anspruchswerberin‘).

3. § 2 erster Satz lautet:

Soweit im folgenden personenbezogene Bezeichnungen nur in weiblicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

4. § 3 Abs 1 Z 1 entfällt. Die Ziffern 2 und 3 erhalten die Bezeichnung 1. und 2.

5. § 3 Abs 3 und 4 entfallen. Die Absätze 5 und 6 erhalten die Bezeichnung (3) und (4).

6. Im § 4 Abs 1 wird die Wendung ‚des dritten Lebensjahres‘ durch ‚des zweiten Lebensjahres‘ ersetzt.

7. § 4 Abs 4 entfällt. Der Absatz 5 erhält die Bezeichnung (4).

8. Im § 5 Abs 1 wird das Wort ‚zwölfmal‘ durch ‚vierzehnmal‘ ersetzt.

9. Am Ende des § 5 Abs 1 entfällt der Punkt und wird in einer neuen Zeile folgende Wendung angefügt:

‚oder gebührt auf Antrag gegen Nachweis in der Höhe des tatsächlichen Bedarfs.‘

10. Im § 6 letzter Satz wird die Wendung ‚ist zur Hälfte anzurechnen.‘ durch ‚ist nicht anzurechnen‘ ersetzt.

11. § 11 Abs 5 entfällt.

12. § 43 Abs 2 entfällt.

13. Artikel II entfällt. Artikel III, IV und V erhalten die Bezeichnungen Artikel II, III und IV.“

(PrZ 1380/LAt.) Folgender Abänderungsantrag der Abgen Ilse Arié, Brigitte Schwarz-Klement, Römer und Ing Westenthaler wird abgelehnt:

„§ 3 Abs 2 Z 1 WPGG hat zu lauten:

‚die gemäß § 3 Abs 2 BPGG durch Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Soziales in den persönlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes einbezogen wurden, oder“.

(PrZ 1381/LAt.) Folgender Abänderungsantrag der Abgen Ilse Arié, Brigitte Schwarz-Klement, Römer und Ing Westenthaler wird abgelehnt:

„§ 3 Abs 4 WPGG hat zu lauten:

Die Voraussetzung des Abs 1 Z 1 kann nachgesehen werden, wenn das auf Grund der persönlichen, sozialen oder wirtschaftlichen Verhältnisse des Fremden zur Vermeidung einer sozialen Härte geboten erscheint. In welchem Rahmen diese Nachsicht gewährt wird, geschieht durch Verordnung der Wiener Landesregierung. Entscheidungen über das Nachsehen von dieser Voraussetzung sind keine Sozialrechtssachen nach § 65 des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes (ASGG), BGBl Nr 104/1985.“

(PrZ 1383/LAt.) Folgender Zusatzantrag der Abgen Ilse Arié, Brigitte Schwarz-Klement, Römer und Ing Westenthaler wird abgelehnt:

„Dem § 3 Abs 3 wird eine Ziffer 5 angefügt. Diese hat zu lauten: ‚Fremde, die Altösterreicher deutscher Muttersprache sind.“

(PrZ 1384/LAt.) Folgender Zusatzantrag der Abgen Mag Karl und Brigitte Schwarz-Klement wird abgelehnt:

„Der vorliegende Entwurf des Wiener Pflegegeldgesetzes ist um folgenden § 21a zu erweitern:

Sachverständige

§ 21a: Zur Ausübung des ärztlichen Berufs und des Krankenpfle-

geberufs berechnigte Personen können mit ihrer Zustimmung zu Amtssachverständigen bestellt werden.“

(Schluß um 19.24 Uhr.)

Der/Die Schriftführer/in:

*Flöckel
Fleischmann*

Die Erste Präsidentin:

Christine